



Die Wiener Großbanken im Gefüge des österreichischen Imperialismus – Momentaufnahme 1913

HANS HAUTMANN

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert trat das weltweit herrschende Gesellschaftssystem des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium ein. Dessen Hauptmerkmale beschrieb Lenin so: „Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“¹

Acht Großmächte zählten damals zu den imperialistischen Akteuren. Sechs in Europa: England, Deutschland, Frankreich, Russland, Österreich-Ungarn und Italien; eine auf dem amerikanischen Kontinent, die USA; und eine in Asien, Japan. Das gemeinsame Kennzeichen dieser Länder war die ökonomische Vorherrschaft der monopolistischen Trusts und Syndikate, der Banken und der Finanzoligarchie. Zwischen den imperialistischen Mächten entbrannte ein erbitterter Kampf um Kapitalanlagesphären, Rohstoffquellen und die letzten Reste fremder Territorien, die der kolonialen Aufteilung bisher entgangen waren: Marokko und Abessinien in Afrika, die Gebiete des Osmanischen Reiches, Persien und China. In dichter Folge lösten bis zur Entfesselung des Ersten Weltkriegs die internationalen Krisen und Konfrontationen einander ab: der Krieg Italiens gegen Abessinien 1896; die Faschodakrise zwischen England und Frankreich 1898; der Krieg der USA gegen Spanien 1898; die Intervention der imperialistischen Mächte zur Niederschlagung des Boxeraufstands in China 1900; der Burenkrieg 1900–1902, bei dem Deutschland gegen England Stellung bezog; der russisch-japanische Krieg 1904/05; die erste Marokkokrise zwischen Frankreich und Deutschland 1905/06; die bosnische Annexions-

krise 1908 zwischen Österreich-Ungarn und Russland; die zweite Marokkokrise zwischen Frankreich und Deutschland 1911; der Krieg Italiens gegen das Osmanische Reich 1911/12; der erste Balkankrieg 1912 mit den Kriegsdrohungen Österreich-Ungarns gegenüber Serbien; und der zweite Balkankrieg 1913.

Worum es dabei letzten Endes ging, vertraute Helmuth von Moltke (1906 bis 1914 Chef des deutschen Generalstabs) anlässlich der Strafexpedition gegen China seinem Tagebuch an: „Wenn wir ganz ehrlich sein wollen, so ist es Geldgier, die uns bewogen hat, den großen chinesischen Kuchen anzuschneiden. Wir wollen Geld verdienen, Eisenbahnen bauen, Bergwerke in Betrieb setzen [...] Darin sind wir keinen Deut besser als die Engländer in Transvaal.“² „Geld verdienen“ durch Eisenbahnbau und Ausbeutung von Bodenschätzen in Gebieten außerhalb des Mutterlandes übersetzt man hier am besten mit „Kapitalexport“ zum Zweck, monopolistische Extraprofite einzuheimen.

Die Verschärfung der internationalen Beziehungen in der Ära des Imperialismus generell und insbesondere zwischen den Dreibund- und Ententemächten kam auch in einem bis dahin nicht gekannten Rüstungswettlauf zum Ausdruck. Hatten früher die Staaten lediglich bei unmittelbarem Bevorstehen eines Krieges kurzfristig Rüstungsanstrengungen unternommen, geriet nun das Wettrüsten zu einer permanenten Erscheinung. Die Heeresstärken wurden von Jahr zu Jahr erhöht, die Bewaffnungen der Landstreitkräfte erneuert und verbessert. Das zentrale Objekt des Wettrüstens waren aber die technisch höchststehenden, teuersten und perfektsten Kriegsmaschinen der damaligen Epoche, von denen man glaubte, dass der Rivale nicht mithalten könne, die Schlachtschiffe. Mit deren Bau lukrierten Rüstungskonzerne, die Panzerplatten, Geschütze, Antriebsaggregate, Granaten, Sprengstoffe, Funk-

apparate, optische Peil- und Sichtgeräte produzierten, sagenhafte Gewinne.

Der österreichisch-ungarische Imperialismus

Um in dem von schrillen Dissonanzen tönenden Konzert des imperialistischen Orchesters mitspielen zu können, bedurfte es sowohl herkömmlicher Machtgrundlagen wie territoriale Größe, Bevölkerungszahl, wirtschaftliches Potenzial, Stärke der Streitkräfte zu Lande und zu Wasser, als auch neuer wie Konzentration und Zentralisation des Kapitals, mündend im Monopol auf Industrie- und Bankebene. Die Habsburgermonarchie, seit dem 18. Jahrhundert eine Großmacht und 1910 mit 675.000 km² an zweiter (nach Russland) und 51 Millionen Einwohnern an dritter Stelle in Europa stehend (nach Russland und dem Deutschen Reich), gehörte zum Kreis der imperialistischen Länder, allerdings nur im Rang der zweitschwächsten Macht – schwächer war lediglich Italien.

Das Zurückstehen resultierte weniger aus dem Vorhandensein einer noch stark agrarisch geprägten Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur (das war auch bei Russland, ja sogar auch bei den USA, Japan und Frankreich der Fall), als vielmehr aus dem inneren Gebrechen der Multinationalität des Reiches, dem Faktum, dass es herrschende und beherrschte Völker gab und der Kampf zwischen ihnen sich stetig verschärfte. Dennoch zogen die Theoretiker, die damals das neue Phänomen der Monopolbildung analysierten (der Brite John Hobson, der Österreicher Rudolf Hilferding, Lenin und andere) nie in Zweifel, dass Österreich-Ungarn zu den imperialistischen Mächten zählte. Seine Aspirationen mussten aber entsprechend bescheidener sein als die des kraftstrotzenden, nach Neuauftellung der Welt strebenden deutschen Imperialismus. So blieb als Objekt seiner ökonomischen Expansion wie aktiven Außenpolitik lediglich Südosteuropa, die Balkanhalbinsel, übrig.

Der österreichische Imperialismus bauierte wie überall auf dem Entstehen nunmehriger Industrieriesen, die sich in den wirtschaftlich höchstentwickelten Zonen des Habsburgerstaates (Böhmen und Mähren, Wiener Becken, Wien, Teile der Steiermark und Oberösterreichs) zu Monopolen in Form von Kartellen zusammenschlossen. In der „zweiten Gründerzeit“, die von 1896 bis zum Beginn des Weltkrieges dauerte, kam es in den Phasen der Hochkonjunktur zu enormen Wachstumsraten der „alten“ (Kohle, Eisen, Stahl) wie der „neuen“ Industrien (Chemie, Elektro), die sogar diejenigen des Deutschen Kaiserreiches übertrafen.³ Die Monopolbildung vollzog sich unter der Patronanz der Großbanken, die in keinem anderen Land eine derart dominierende Position einzunehmen vermochten wie in Österreich-Ungarn.⁴

Die neue Rolle des Bankkapitals

Die Verdrängung der freien Konkurrenz durch das Monopol im Bankwesen bewirkte Veränderungen in der Rolle der Banken. „In dem Maße, wie sich das Bankwesen und seine Konzentration in wenigen Institutionen entwickeln, wachsen die Banken aus bescheidenen Vermittlern zu allmächtigen Monopolinhabern an, die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen.“⁵

Anders gesagt: Sobald das hochkonzentrierte Bankkapital das Monopol über das Geldkapital der Gesellschaft erlangt, schlägt die Rolle der Banken von einfachen Zahlungsvermittlern um in die Funktion von Kontrolleuren von Produktions- und Reproduktionszusammenhängen in gesamtvolkswirtschaftlichem Maßstab. Die Bankmonopole werden „die wichtigsten Nervenknotten des gesamten kapitalistischen Systems.“⁶ Sie fördern in entscheidender Weise die Monopolisierung der Produktion. Das geschieht sowohl durch die Gestaltung der Kreditkonditionen und die Bevorzugung der Großunternehmen bei der Kreditvergabe als auch durch den Erwerb von Aktienpaketen von Industriegesellschaften bzw. von Kapitalbeteiligungen. Die Monopolbanken delegieren auch ihre Interessenvertreter in die Aufsichtsräte der Industriegesellschaften und fördern oder erzwingen Abkommen zwischen Großunternehmen, um die Sicherheit für ihre Kredite und deren Verzinsung zu erhöhen.

Durch diese Einflussnahme der Banken bildet sich ein neuer Typ von Beziehungen zwischen Industriekapital und Bankkapital heraus. Die großen Banken schaffen sich einen festen Kundenkreis unter den größten und expansionsfähigsten Industrieunternehmen, treffen untereinander kartellartige Absprachen und sichern sich so konkrete industrielle Einflussphären. „Die Bank, die das Kontokorrent für bestimmte Kapitalisten führt, übt scheinbar eine rein technische, eine bloße Hilfsoperation aus. Sobald aber diese Operation Riesendimensionen annimmt, zeigt sich, dass eine Handvoll Monopolisten sich die Handels- und Industrieoperationen der ganzen kapitalistischen Gesellschaft unterwirft.“⁷

Im Verhältnis zwischen Industrie- und Bankkapital übernimmt das Bankkapital die *Führung*, weil sich die Banken im Imperialismus in Institutionen von universalem Charakter verwandeln und wegen ihrer Universalität im Vergleich zu den industriellen Monopolen – auch zu den größten von ihnen – gewissermaßen Einheiten höherer Ordnung darstellen. Die Industriekapitalisten sind unter diesen Bedingungen nicht mehr in der Lage, unter einer Vielzahl von möglichen Bankverbindungen zu wählen und diese zu wechseln. Die Großbanken besitzen aufgrund ihrer Monopolstellung, des umfassenden Einblicks in die Geschäftsentwicklung der industriellen Unternehmen eine gewaltige Macht, die sie zur Realisierung ihrer Profitinteressen ausnutzen. Es handelt sich hier um Mittel der ökonomischen Gewalt, die als Druckmittel gegenüber den Industriegesellschaften zur Anwendung kommen.

Das konstatierte schon ein zeitgenössischer österreichischer Beobachter und intimer Kenner der Szene, als er 1908 schrieb: „Hier wird das Verhältnis des Unternehmens zu seiner Bankverbindung auch bei sonst normaler geschäftlicher Lage *von selbst* zu einem *Machtverhältnis*, in welchem die Macht in ausgesprochendster Weise auf Seiten der *Bank* liegt.“⁸

Die Stellung der Wiener Großbanken

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatten sich in Österreich-Ungarn drei Finanzzentren herausgebildet: Wien, Budapest und Prag. Die Etablierung des Bankplatzes Prag ist untrennbar verbunden mit dem Aufstieg der 1868 gegründeten „Živnostenská Banka“ (Gewerbebank) zu einem der zehn größten Geldinstitute der Monarchie im Jahr 1913, ein Vorgang, der nicht zuletzt auch das nationale



Alexander v. Spitzmüller, Generaldirektor der Creditanstalt

Konkurrenzverhältnis innerhalb des österreichischen Finanzkapitals widerspiegelt. Denn die Živno-Bank war es, die zum Kristallisationspunkt und Machtzentrum der aufstrebenden, ökonomisch stetig erstarkenden tschechischen Bourgeoisie wurde, deren Interessen sie energisch und emsig zu betreiben verstand. Zunächst bemüht, mit dem Wiener Bankkapital eine Teilung der Einflussphären zu fixieren (Domäne der deutschösterreichischen Großbanken in der böhmisch-mährischen Schwerindustrie, Vorherrschaft des tschechischen Finanzkapitals in der Leicht- und Lebensmittelindustrie), ging die Živno-Bank nach und nach dazu über, in das Gehege des Wiener Konkurrenten einzudringen und ihm Positionen abzufragen. So exportorientierte und gewinnträchtige Sparten wie die hoch entwickelte böhmische Zuckerindustrie bereits klar beherrschend, fasste sie nun auch im nordböhmischen Kohlenbergbau, in der Maschinen- und Elektroindustrie sowie im Bereich der Holzverarbeitung Fuß.⁹

Dabei achtete sie stets darauf, ihren Charakter als rein tschechisches Institut zu erhalten und Überfremdungen seitens der Wiener Monopolbanken durch Beteiligung am eigenen Aktienkapital und an den ihr unterstehenden industriellen Tochterunternehmungen zu vermeiden. Auf diese Weise gelang es der Živno-Bank spätestens seit 1907, Prag neben Wien als zweites großes Finanzzentrum der österreichischen Reichshälfte zu etablieren.¹⁰ Die eindeutig führende Stellung Wiens gegenüber Prag (und Budapest) blieb aber dadurch unangetastet.

Die Rangliste der Wiener Großbanken 1913 und ihre Orientierung

Gereicht nach den Bilanzsummen des Jahres 1913 umfasste das Finanzzentrum Wien sieben Großbanken. An erster Stelle stand die Creditanstalt¹¹ mit 1,18 Milliarden Kronen; an zweiter Stelle die Bodencreditanstalt¹² mit 920 Millionen Kr.; an dritter Stelle der Wiener Bankverein¹³ mit 918 Mio.; an vierter Stelle die Länderbank¹⁴ mit 821 Mio.; an fünfter Stelle die Anglobank¹⁵ mit 750 Mio.; an sechster Stelle die NÖ Escompte¹⁶ mit 432 Mio.; und an siebenter Stelle die Unionbank¹⁷ mit 374 Millionen Kronen.¹⁸

Diese sieben Wiener Großbanken bildeten die Spitze und Hauptgruppe des österreichischen Finanzkapitals. Ihre Interessen erstreckten sich auf *beide* Reichshälften und über sie hinaus auf das Ausland, vornehmlich auf Südosteuropa. Darin, in der Verfolgung der Ziele des österreichisch-ungarischen Imperialismus schlechthin, bestand ihre Gemeinsamkeit und Einheit. Gleichzeitig existierten innerhalb ihrer Einheit Gruppenbildungen mit Rivalitäten und Gegensätzen, die aus ihren ungleichgewichtigen Beteiligungen an den Industriemonopolen und ihren Verbindungen mit dem ausländischen Finanzkapital resultierten. Obwohl jede der Wiener Großbanken allein schon aus Gründen des Risikoausgleichs, erst recht aber aus Gründen des Konkurrenzkampfes bestrebt war, den Kreis der von ihr beherrschten und mit ihr verbundenen Unternehmen so vielfältig wie möglich zu gestalten, überwog bei der einen die Grundstoff- und Schwerindustrie, bei der anderen die verarbeitende Industrie, bei der dritten die Leichtindustrie usw.

Was die Auslandsverbindungen und von daher kommende Einflüsse auf die Wiener Großbanken betrifft, die aber in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg noch keineswegs so geartet waren, dass man von einem Abhängigkeitsverhältnis sprechen konnte, gab es drei Gruppen: Erstens die Gruppe der Creditanstalt mit der NÖ Escompte, die mit der deutschen Disconto-Gesellschaft in Verbindung stand; zweitens die des Wiener Bankvereins, die mit der Deutschen Bank in Verbindung stand; und drittens die Gruppe der Länderbank, Anglobank und Unionbank, die sich hauptsächlich an das englische, französische und niederländische Kapital anlehnte.¹⁹

Eine Sonderstellung nahm die vornehmste der Wiener Großbanken ein, die

Bodencreditanstalt (im Börsenjargon „Boden“ genannt). Als Bank des Kaiserhauses, die dessen Fideikommissbesitz und die Beteiligungen der habsburgischen Erzherzöge wie die des Erzherzogs Friedrich an der „Österreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft“ in Böhmen verwaltete,²⁰ verkörperte sie das eigenständig-„patriotische“ österreichische Finanzkapital in reinsten Form.

Die Machtbereiche der Wiener Großbanken

Die Wiener Banken waren seit Anbeginn ihrer Gründung in den 1850er und 1860er Jahren keine Privatbanken mehr, sondern „Mobilbanken“, d.h. Aktiengesellschaften, unter deren Aktionären sich in erster Linie Vertreter des Hochadels und der österreichischen Großbourgeoisie befanden. Der Hochadel hatte auf diese Weise die ihm aus der Grundlastung nach 1848 zugeflossenen Kapitalien angelegt.²¹ Bei den Hauptaktionären handelte es sich um eine „bemerkenswert homogene soziale Gruppe, die durch zum Teil recht enge wirtschaftliche, politische und zuweilen auch verwandtschaftliche Beziehungen miteinander verbunden war.“²²

In der imperialistischen Epoche kam es zur Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital. Grundlage dieses Prozesses war zum einen die Emission von Aktien durch die Banken, die dann in der Regel zu ihrer dauernden Aktienbeteiligung an den betreffenden Industriegesellschaften führten, und zum anderen die indirekte Beteiligung des Bankkapitals an der monopolistischen Großindustrie durch den langfristigen Bankkredit.²³ Die Tatsache, dass die Großbanken durch ihre Verbindungen mit der Industrie zu Mitinhabern wurden und die Banken ihr Kapital in entscheidendem Maße in der Industrie anlegten, bildete nun den bestimmenden Faktor in der Entwicklung des Kapitalismus. Egon Scheffer schrieb dazu in Bezug auf Österreich: „Schon diese Erscheinung führt uns zur Erkenntnis, dass die oberste wirtschaftliche Führerschaft in ganz wenigen Händen vereinigt ist“, und dass „das Beherrschungszentrum dieser ungeheuren Vermögenskomplexe die Großbanken bilden.“²⁴

Das soll nun an den Machtbereichen der Wiener Großbanken mit Stichjahr 1913 erläutert werden. Vorausgeschickt sei, dass eine vollständige Aufzählung der von den Banken dominierten Industriegesellschaften den Rahmen unseres Artikels sprengen würde und wir uns hier



Rudolf v. Sieghart, Gouverneur der Bodencreditanstalt

auf eine Auswahl der wichtigsten Unternehmen beschränken müssen. Entnommen sind die Angaben dem einschlägigen Jahrbuch des „Compass“ und dem Abschnitt „Die Konzerne der Großbanken“ in der Darstellung von Eugen Scheffer.

a) Creditanstalt

In ihrem Machtbereich befanden sich als Prunkstück die Škodawerke AG in Pilsen, der größte Rüstungsbetrieb der Monarchie; die Austriawerft AG (frühere Stabilimento Tecnico) in Triest, wo drei der vier Schlachtschiffe der k.u.k. Kriegsmarine vom Dreadnought-Typ gebaut wurden; die Hirtenberger Patronenfabrik; die Lokomotivfabrik G. Sigl in Wiener Neustadt; die Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG; der Rüstungsbetrieb G. Roth mit Munitions- und Pulverfabriken in Wien, Lichtenwörth und Felixdorf; die Österreichische Flugzeugfabrik AG in Wiener Neustadt; die Maschinenfabrik N. Heid in Stockerau; die Ringhoffer-Werke in Prag, in denen Eisenbahnwaggons, Kraftfahrzeuge und Motorzugmaschinen erzeugt wurden; die Österreichischen Daimler-Motorenwerke in Wiener Neustadt; die Ostrauer Bergbau AG; und die Mitterberger Kupfer AG.

In anderen Wirtschaftszweigen beherrschte die Creditanstalt u.a. die Adria Werke AG für chemische Industrie; die Galizische Naphta AG für Mineralöl; die Kaliwerke AG in Böhmen; die Baustofffirmen Wienerberger und Portland-Zement; die Papierfabriken Elbemühl, Waldheim-Eberle, Lenzing und Olleschau (in Mähren); die Vöslauer Kammgarn mit Fabriken in Vöslau, Möllers-



Bernhard v. Popper, Direktor des Wiener Bankvereins

dorf, Brünn, Böhmen und Schlesien; die AG der Österreichischen Fezfabriken mit der Hauptproduktionsstätte in Strakonitz in Böhmen; die Mährisch-Osttrauer Elektrizitäts AG; die Gösser Brauerei; die Liesinger Brauerei; die Nestomitzer Zuckerraffinerie mit Fabriken in Böhmen und Mähren; und das Warenhaus A. Gerngroß AG.²⁵

Tochterbanken der Creditanstalt gab es in Berlin („Bank für auswärtigen Handel AG“), Amsterdam („Amstelbank“), Prag („Böhmische Escompte Bank und Credit Anstalt“), Laibach („Creditanstalt für Handel und Industrie“), Warschau („Warschauer Disconto-Bank“) und Lemberg („Aktien-Hypothekenbank“).²⁶

Der größte Aktionär der Creditanstalt war das Haus Rothschild, vertreten durch Louis Freiherr v. Rothschild im Verwaltungsrat. Nach ihm rangierte der Gomperz-Clan, der mit Rothschild verbündet war. Als Generaldirektor fungierte 1913 Alexander v. Spitzmüller, der beispielhaft die Verquickung von Staatsbeamtentum, Bankmanagement und Politik in einer Person verkörperte. Als zuletzt Präsident der niederösterreichischen Finanzlandesdirektion von der Creditanstalt übernommen, wurde er 1916/17 k.k. Finanzminister der österreichischen Reichshälfte.²⁷

b) Bodencreditanstalt

In deren Machtbereich befanden sich als Juwel die Österreichische Waffenfabrik in Steyr; weiters die Österreichische Berg- und Hüttenwerksgesellschaft in Böhmen; die Nesselsdorfer Wagenbau AG in Mähren (spätere Tatra-Werke); die Steirischen Gussstahlwerke in Juden-

burg; die Wiener Lokomotivfabriks AG in Floridsdorf; die AG für Mineralölindustrie David Fanto in Galizien mit einer Raffinerie in Pardubitz in Böhmen; die Galizische Ammoniak-Sodafabriks AG; der österreichische Ableger der AEG-Union Elektrizitätsgesellschaft; das Betonbauunternehmen Porr; die I. Donaudampfschiffahrtsgesellschaft; die Papierfabriken Neusiedler und Schlöglmühl; die Poschacher Brauerei in Linz; und die Zuckerfabriken Schoeller & Co. AG in Böhmen, die AG für Zuckerindustrie in Bruck/Leitha sowie die Chropiner Zuckerfabriks AG mit Produktionsstätten in Mähren und der Bukowina.²⁸

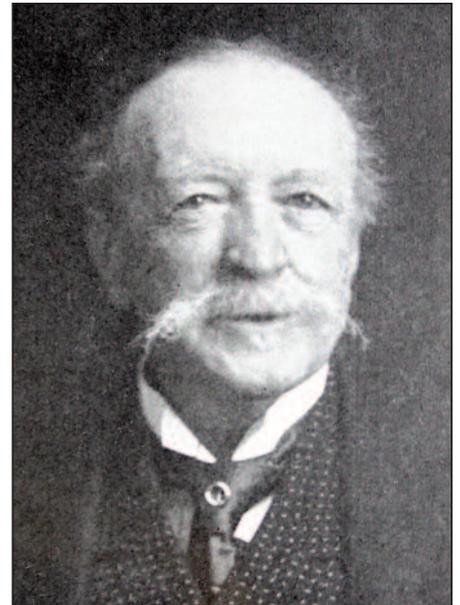
Tochterbanken der Bodencreditanstalt gab es in Agram („Kroatisch-Slawonische Landes-Hypothekenbank“), Sarajevo („Bosnische Bank AG“) und Krakau („Bank Malopolski“).²⁹

Im Verwaltungsrat der „Boden“ saß als Vertreter der Großaktionäre u.a. Paul v. Schoeller, ein weiteres Mitglied war Alois Fürst v. Schönburg-Hartenstein. Er nahm die Interessen des Kaiserhauses wahr, dessen Angehörige in Gremien schnöden Mammons nicht agieren durften.

An der Spitze stand mit dem Titel „Gouverneur“ Rudolf v. Sieghart, einer der mächtigsten Repräsentanten der österreichischen Finanzkapitals. Unter den Direktoren befand sich Dr. Richard Reisch, der 1919/20 das Staatssekretariat für Finanzen leiten sollte und von 1922 bis 1932 Präsident der Österreichischen Nationalbank war.³⁰ Seine Präsidentschaft zeichnete sich dadurch aus, dass die Nationalbank „sehr oft die Linie der großen Wiener Bankhäuser verfolgte, manchmal auch unter Hintanstellung evidenten gesamtwirtschaftlicher Belange“.³¹

c) Wiener Bankverein

Das auffallendste Merkmal beim Wiener Bankverein war dessen starkes Engagement in den „modernen“ Industrietypen Chemie/Elektro. (Gewiss nicht zufällig war das auch beim deutschen Partner, der Deutschen Bank, der Fall.) Dazu zählten der österreichische Ableger der Dynamit Nobel AG; die Semperit-Gummiwerke; die Gummi- und Kabelwerke Reithofer in Wien und Steyr; die österreichischen Siemens-Schuckert-Werke; die Elin AG; die Gesellschaft für elektrische Industrie in Weiz in der Steiermark; und die Kabelfabrik- und Drahtindustrie AG mit Fabriken in Wien und Schlesien. Beherrscht wurden weiters die Kärntnerische Eisen- und Stahlwerksgesellschaft in Ferlach; die Kassen- und Aufzugsfabrik Wertheim; die Metall-



Max Graf Montecuccoli-Laderchi, Gouverneur der Länderbank

warenfabrik Warchalowski in Wien-Ottakring; die Papierfabrik Leykam; die Teppich- und Möbelstofffabrik Philipp Haas & Söhne; die Pottendorfer Baumwollspinnerei; die Pilsener Aktienbrauerei; und die Vereinigten Brauereien AG Schwechat, St. Marx, Simmering-Dreher und Mautner.³²

Tochterbanken des Wiener Bankvereins gab es in Prag („Allgemeiner Böhmischer Bankverein“), Sarajevo („Landesbank für Bosnien und Herzegovina“), Ödenburg („Westungarischer Bankverein“) und Sofia („Banque Balkanique“).³³

Präsident des Administrationsrates des Wiener Bankvereins war 1913 Adolf Ritter v. Schenk, Direktor Bernhard v. Popper.³⁴

d) Länderbank

Im Machtbereich der Länderbank befanden sich (geteilt mit dem Wiener Bankverein) die Dynamit Nobel AG; die Vereinigten Carborundum und Elektrit Werke AG, ein chemischer Betrieb in Böhmen; die österreichischen Siemens-Schuckert-Werke (ebenfalls geteilt mit dem Wiener Bankverein); die Glühlampenfabrik Watt AG in Wien; die Waagner-Biro AG für Eisenkonstruktionen; die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft; die Laurin & Klement AG, eine Motorfahrzeugfabrik in Jungbunzlau in Böhmen; die Brüner Maschinenfabriks AG; die Perlmooser Zementfabrik; und die „Solo“ Zündwarenfabrik.³⁵

Tochterbanken der Länderbank gab es in Prag („Bank für Handel und Industrie“) und Budapest („Ungarische Escompte- und Wechslerbank“).³⁶



Julius v. Landesberger, Präsident des Generalrats der Anglobank

Gouverneur der Länderbank war 1913 Max Graf Montecuccoli-Laderchi, Generaldirektor Markus Rotter. Als einer seiner Direktor-Stellvertreter fungierte Hugo Breitner, der spätere Stadtrat für Finanzen in des Zeit des „Roten Wien“.³⁷

e) Anglobank

Im Machtbereich der Anglobank befanden sich, geteilt mit dem Petschek-Clan, die Brüxer Kohlenbergbaugesellschaft, der größte Braunkohlekonzern der Monarchie; die Enzesfelder Munitions- und Metallwerke; die Österreichischen Fiat-Werke in Wien-Floridsdorf; die Wiener Brückenbau AG; die Seifenfabrik Georg Schicht mit Betrieben in Aussig, Mährisch-Ostrau und Wien-Simmering; die Lobositzer AG zur Erzeugung vegetabilier Öle; die Schuhindustriegesellschaft „Delka“; die Lobositzer Zuckerfabrik; die Zuckerwarenfabrik Josef Manner & Co.; die Kolonialwarenverkaufsgesellschaft Julius Meinl AG; und die Versicherungsgesellschaft „Phönix“.³⁸

Tochterbanken der Anglobank waren die „M. L. Biedermann & Co. Bankaktiengesellschaft“ und die „Österreichische Kontrollbank für Industrie und Handel“, beide in Wien.³⁹

Präsident des Generalrats der Anglobank war 1913 Julius v. Landesberger, als Mitglieder des Generalrats schienen u.a. Wilhelm Franz Exner und Oberfinanzrat Dr. Julius Petschek aus Prag auf.⁴⁰

f) Niederösterreichische Escompte

Die Schlagseite der NÖ Escompte, die mit der Creditanstalt verbunden und befreundet war, neigte stark in Richtung Schwerindustrie. Darunter fielen so be-

deutende Konzerne wie die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft mit Erz- und Kohlengruben, Eisen- und Stahlwerken in Böhmen; die Alpine-Montangesellschaft mit dem Hauptwerk in Donawitz; und die Poldihütte Tiegelguss-Stahlfabrik in Kladno. Weiters gehörten zu ihrem Machtbereich der Metallverarbeitungsbetrieb Hutter & Schrantz AG; die Schrauben- und Schmiedewarenfabrik Brevillier & Urban in Neunkirchen; die landwirtschaftliche Maschinenfabrik Hofherr-Schantz-Clayton-Shuttleworth in Wien-Floridsdorf; die Maschinen- und Waggonbaufabriks AG vormals H. D. Schmid in Wien-Simmering; der österreichische Zweig des Elektrounternehmens Brown-Boveri; die Felten & Guilleaume Fabrik elektrische Kabel AG mit Werken in Wien, Bruck/Mur und Graz; die Papierfabrik Steyrmühl; die Glanzstoff-Fabrik AG in St. Pölten; und die Versicherungsanstalt „Donau“.⁴¹

Tochterbanken der NÖ Escompte gab es in Prag („Böhmische Escomptebank und Credit-Anstalt“), Sarajevo („Bosnische Industrie- und Handelsbank“), Graz („Steiermärkische Escomptebank“), Bieleitz in Österreichisch-Schlesien („Schlesische Industriebank“) und Belgrad („Donau-Creditanstalt“).⁴²

Präsident des Verwaltungsrates der NÖ Escompte war 1913 Max Feilchenfeld, Vizepräsident Wilhelm Kestranek, Generaldirektor der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft und auch sonst ein Multifunktionär des österreichischen Finanzkapitals. Zu den weiteren Mitgliedern des Verwaltungsrates zählte Victor Mautner Ritter v. Markhof.⁴³

g) Unionbank

Zum Machtbereich der Unionbank schließlich gehörten die Veitscher Magnesitwerke AG; die Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG; die Wiener Automobilfabrik Gräf & Stift; die Puchwerke in Graz; die Galizische Karpathen-Petroleum AG in Gorlice; die Telephon- und Telegraphenfabrik AK Czeija, Nißl & Co. in Wien; die Nettingsdorfer Papierfabrik in Oberösterreich; die AG der Kleinmünchener Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Linz; und die Erste Allgemeine Unfall- und Schadenversicherungsgesellschaft.⁴⁴

Eine Tochterbank der Unionbank war die „Bank für Oberösterreich und Salzburg“.⁴⁵

Präsident des Verwaltungsrates der Unionbank war 1913 Eugen v. Minkus, einer der fünf Direktoren Berthold Schick.⁴⁶



Max Feilchenfeld, Präsident des Verwaltungsrats der Niederösterreichischen Escompte

Die Auflistung zeigt, dass die Wiener Großbanken nicht nur Unternehmen aus allen relevanten Wirtschaftsbereichen in Abhängigkeit brachten, sondern auch so etwas wie einen „innerösterreichischen“ Imperialismus betrieben. Das geschah durch Kapitalausfuhr in die Grenzregionen, beispielsweise nach Galizien zur Ausbeutung der dort vorhandenen Erdölquellen, begleitet mit der Gründung von Filialen und Tochterinstituten in Lemberg und anderen galizischen Städten.

Auch nach Ungarn fand ein solcher Kapitaleexport statt, wo die Wiener Banken einen starken wirtschaftlichen Druck ausübten, um ihre Gewinne zu steigern und dem Budapester Finanzkapital Anteile an dessen ökonomischer Machtosphäre abzujaugen. Die „Krise des Dualismus“, die bei den Verhandlungen über den Ausgleich 1907 in Erscheinung trat, hatte in diesem verschärften Konkurrenzkampf zwischen dem österreichischen und ungarischen Bankkapital eine seiner Wurzeln.⁴⁷

In krasser Weise kam aber die „innerimperialistische“ Funktion der Wiener Großbanken in den Kronländern zum Ausdruck, die wirtschaftlich am höchsten entwickelt waren und von der beherrschten tschechischen Nation bewohnt wurden. Der überwiegende Teil der böhmisch-mährischen Industrie, darunter gerade die gewinnträchtigsten Filetstücke, befand sich in der Hand des Wiener Finanzkapitals, ein Zustand, den die tschechische Bourgeoisie als unerträglich empfinden musste. So gesehen muss konstatiert werden, dass das Profitinteresse der Wiener Großbanken – auch



Eugen v. Minkus, Präsident des Verwaltungsrats der Unionbank

wenn ihnen das nicht bewusst war und sie es nicht wollten – auf die Entwicklung Österreich-Ungarns letztlich negativ wirkte und zur Eskalation des Nationalitätenhaders und der inneren Zersetzung des Habsburgerreiches beitrug.

Expansionsziele – Beispiel Bulgarien

Die primäre imperialistische Stoßrichtung des österreichischen Finanzkapitals nach außen war und blieb aber die Balkanhalbinsel. Wir sehen hier von der Schilderung des Konflikts mit Serbien ab, das bis 1903 in einem Vasallenverhältnis zu Österreich-Ungarn stand, mit dem Machtantritt der Karageorgević-Dynastie aber die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von der Donaumonarchie abzuschütteln begann, indem es unter anderem französisches, englisches und russisches Kapital ins Land rief, das die österreichischen Positionen verdrängte und minimierte. Notgedrungen musste man daher die verstärkte Aufmerksamkeit beim Kapitalexport auf andere Balkanstaaten richten, auf Rumänien, Bulgarien und das 1912 neu entstandene Albanien.

Als Exempel beschränken wir uns hier auf Bulgarien, wo schon in der vorimperialistischen Zeit Österreich-Ungarn bei der Warenausfuhr in dieses Land vor Deutschland, England, Frankreich und Russland an erster Stelle stand und die Position bis in die Jahre des Ersten Weltkriegs behauptete.⁴⁸ Anfang des 20. Jahrhunderts begann das Eindringen österreichischen Kapitals in die bulgarische Wirtschaft durch Gründung von Firmenniederlassungen, in Form von Konzessionen

sowie Bildung von Kommandit- und Aktiengesellschaften in Produktionssparten des bulgarischen Wirtschaftslebens. Auch in Bereichen wie dem Eisenbahnbau und dem Versicherungs- und Bankwesen wurde man aktiv.

Die führende Rolle in Bulgarien spielte der Wiener Bankverein. Er richtete schon vor dem ersten Balkankrieg eine Vertretung des von ihm beherrschten österreichischen Zweiges der Siemens-Schuckert-Werke in Sofia ein, gründete 1906 als Tochterbank in Bulgarien die „Banque Balkanique“, erwarb ein großes Aktienpaket der Orientbahngesellschaft und betätigte sich auch auf dem Gebiet des Getreidehandels.⁴⁹

Eine andere wichtige Form des Einströmens österreichischen Kapitals nach Bulgarien waren die Auslandsanleihen. Der wirtschaftlich rückständige bulgarische Staat benötigte erhebliche Mittel für öffentliche Bauvorhaben und die Verbesserung seiner Infrastruktur. Da es nicht möglich war, diese Beträge aus dem Staatshaushalt bereitzustellen, ging die bulgarische Bourgeoisie dazu über, sie sich auf dem Weg der Anleihen zu verschaffen. Sie wurden aber kaum zur Durchführung notwendiger infrastruktureller Investitionen verwendet, sondern hauptsächlich zur Tilgung von Staatsschulden und Deckung von Budgetdefiziten. Über die Auslandsanleihen schuf das österreichische Bank- und Monopolkapital die Voraussetzung, um satte Gewinne aus Bulgarien herauszuholen. Ende 1909 bewilligte die bulgarische Nationalversammlung die Aufnahme einer fünfprozentig verzinsten Auslandsanleihe beim Wiener Bankverein in der Höhe von 100 Millionen Goldleva. Diese Mittel sollten zur Rückzahlung alter Anleihen, zur Tilgung laufender Schulden und zum Eisenbahnbau verwendet werden.⁵⁰ In Wahrheit sicherte sich damit der österreichische Imperialismus sowohl die Kontrolle über die Staatsfinanzen als auch die Dominanz über bedeutende Teile der Ökonomie Bulgariens.

Was vorhin über die negativen Auswirkungen der Herrschaft des Finanzkapitals gesagt wurde, traf auch für Bulgarien zu. Die allmähliche Überschwemmung des bulgarischen Binnenmarktes mit billigen österreichischen Industrieerzeugnissen und Waren versetzte der einheimischen Wirtschaft einen schweren Schlag und hemmte ihre Weiterentwicklung. Darüber hinaus verhinderten die österreichischen Kapitalmagnaten auf verschiedene Weise die Ausfuhr bulgarischer landwirtschaftlicher Produkte nach

Österreich-Ungarn, um Ungarn – besser gesagt deren herrschende Klasse, die feudalen Großgrundbesitzer, die selbst Agrarprodukte exportierten –, vor Konkurrenz zu schützen.⁵¹ Zum Handkuss kamen wieder einmal die Volksmassen, die bulgarischen Bauern, Kleingewerbetreibenden und Arbeiter.

Expansionsziele – Beispiel Türkei

Im Ergebnis der Balkankriege 1912/13 verlor das Osmanische Reich seinen europäischen Besitz bis auf einen kleinen territorialen Rest westlich von Konstantinopel. Die imperialistischen Mächte stellten daraufhin sofort Überlegungen an, wie es mit der als ziemlich sicher angenommenen Aufteilung dieses Staatsgebildes weitergehen würde. Das nächste Objekt einer solchen Aufteilung war Kleinasien, jenes Gebiet also, durch das die Bagdadbahn führte, mit deren Planung und Bau sich die wichtigste nahöstliche Expansionslinie des deutschen Imperialismus verband.⁵²

In der Meinung, als enger Bündnispartner Deutschlands jetzt mitmischen zu können, entstand im Frühjahr 1913 in Wien der Plan, an der Südküste Kleinasiens, in der Bucht von Antalya, eine Interessensphäre, letztlich einen Kolonialbesitz zu erwerben.⁵³ Der österreichisch-ungarische Generalkonsul in Alexandria wurde vom k.u.k. Außenminister Berchtold zu einer mehrwöchigen Inspektionsreise dorthin entsandt, um in allen Einzelheiten die Möglichkeit einer ökonomischen Festsetzung der Monarchie in jenem Gebiet zu prüfen.

Das Ergebnis war ernüchternd und bestand darin, dass die Ziele Österreich-Ungarns nicht verwirklicht werden konnten. Sie scheiterten sowohl an den bereits bestehenden ökonomischen und politischen Interessen der englischen, russischen und italienischen Imperialisten, mehr aber noch am Widerstand, den die Deutschen den Bemühungen ihres Bundesgenossen entgegensetzten. In Kleinasien war am Bagdadbahnprojekt die Deutsche Bank führend engagiert, und man dachte in Berlin nicht daran, ein Eindringen österreichischen Kapitals in Anatolien in einem irgendwie nennenswerten Ausmaß zuzulassen. Dabei war es pikanterweise der mit der Deutschen Bank in einem „Freundschaftsverhältnis“ stehende Wiener Bankverein, der in dem Zusammenhang seine Aspirationen anmeldete.

Im imperialistischen Konkurrenzkampf, auch wenn es um vergleichswei-

se marginale ökonomische Fragen ging, hörte aber die Freundschaft und vielbeschworene Nibelungentreue auf. Die Verhandlungen zwischen Wien und Berlin endeten im Frühjahr 1914 damit, dass die Absichten Österreich-Ungarns in Kleinasien von Deutschland in ungewöhnlich brüsker Weise abgelehnt wurden.⁵⁴ Einen ähnlich scharfen Rüffel dürfte der Vorstand des Wiener Bankvereins auch von den Herrschaften in der Führungsetage der Deutschen Bank bekommen haben.

Zu der Affäre muss noch angemerkt werden, dass unter den Motiven, die die österreichisch-ungarischen Machttäger zu der angestrebten Interessensphäre in der Türkei bewogen, auch innenpolitische Motive mitspielten. In einer Instruktion wies Berchtold am 11. September 1913 auf die Notwendigkeit hin, die ökonomische Expansion nach Kleinasien zu forcieren, „von welcher wirtschaftlichen Tätigkeit vielleicht [...] ein Ablenken von unserem unseligen Nationalitätenhader zu erhoffen wäre“.⁵⁵ Das verhängnisvolle Argument der österreichischen Kriegspartei, das Generalstabschef Conrad v. Hötzendorf seit seinem Amtsantritt unermüdlich wiederholte und das im Juli 1914 den österreichischen Entschluss zum Krieg in starkem Maße bestimmte, dass man nämlich die ständig wachsenden inneren Probleme, in erster Linie die Nationalitätenfrage, nur durch eine kriegerische Kraftanstrengung nach außen lösen könne, findet sich also auch hier.

Ausklang: Vom „Geld verdienen“ der Wiener Großbanken im Krieg

Am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn, nach Erhalt des „Blankoschecks“ aus dem Deutschen Reich, Serbien den Krieg, ein Schritt, der die Welt für vier Jahre in Flammen setzen und zehn Millionen Menschen das Leben kosten sollte. Als Inszenatoren schienen überall, in Wien, Berlin, St. Petersburg, London, Paris, die politischen und militärischen Inhaber der Macht auf: gekrönte Häupter, Regierungschefs, Außenminister und Generalstäbler, nirgendwo die Bankherren. Sieghart und Spitzmüller beteuerten in ihren Erinnerungen, dass sie von einer Einflussnahme auf die Außenpolitik gänzlich ausgeschlossen gewesen seien. Diese sei stets eine Domäne des Herrscherhauses und eines kleinen, exklusiven hocharistokratischen Kreises geblieben.⁵⁶ Damit sagten sie sogar die Wahrheit, denn das österreichische Staatsgrundgesetz über

die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt hatte dem Kaiser das alleinige Recht („Prärogativ“) zuerkannt, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen.⁵⁷

Das Finanzkapital war aber in allen imperialistischen Ländern, so auch in Österreich, Teil der herrschenden Klasse, und zwar der ökonomisch mächtigste Teil. Sein Drang nach Expansion, Kapitalanlagesphären, Profitsteigerung stellte die eigentliche Triebkraft des imperialistischen Konkurrenzkampfes dar und war damit mehr als nur mitverantwortlich für die Entfackung der Kriegsflagge. Bei keinem Herrscher und Minister des Auswärtigen legten die Leiter der Großbanken in der Julikrise 1914 Protest gegen die Kriegspläne ein oder äußerten auch nur Bedenken. Sie wussten, dass sie die neue Lage nicht ins Unglück stürzen würde, sondern geschäftliche Vorteile in ungeahntem Ausmaß versprach.

In welcher Größenordnung das eintrat, kam trotz der obligaten Verschleierung der Reingewinne bei der Bilanzlegung in den Kriegsjahren des „Compass“ zum Ausdruck. Danach zahlten die Wiener Großbanken an ihre Aktionäre 1915 folgende Dividenden: Die Bodencreditanstalt 20%, die NÖ Escompte 11%, die Creditanstalt 10%, die Anglobank 8,75%, die Unionbank 7,5%, der Wiener Bankverein 7% und die Länderbank 6%.⁵⁸ Bei den Reingewinnen (die sicher beträchtlich höher waren als unter der Floskel „ohne Vortrag“ offiziell angegeben) stand die Creditanstalt mit 19,9 Millionen Kronen im Jahr 1915 an der Spitze. Es folgten die Bodencreditanstalt mit 14,8 Mio.; die NÖ Escompte mit 13,5; der Wiener Bankverein mit 12,6; und die Unionbank mit 6,4 Millionen Kronen.⁵⁹ Die Gewinnsteigerung der Creditanstalt betrug 1915 gegenüber dem Vorjahr beinahe 100 Prozent. Das Eigenkapital der sieben Großbanken stieg im Krieg um 691 Millionen Kronen, die Fremdkapitalien wuchsen auf 9,4 Milliarden, also 14mal so stark wie die eigenen.⁶⁰

Am Krieg profitierten sie auf jede nur erdenkliche Weise. Sie borgten dem Staat gegen Zinsen Geld für die Kriegführung, sie verdienten an der geschäftlichen Abwicklung der Kriegsanleihen, sie machten märchenhafte Gewinne im Weg über die in ihrem Machtbereich befindlichen Unternehmen der Kriegs- und Rüstungsindustrie und lukrierten große Provisionen bei der Finanzierung der Rohstoffbeschaffung, sodass die Geldmittel, die der Staat gegen Zinsen von ihnen bekam, zum Großteil als Unternehmergewinn wieder in ihre Hände gelangte.⁶¹



Wilhelm Kestranek, Vizepräsident des Verwaltungsrats der NÖ Escompte und Generaldirektor der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft

Eine der ergiebigsten Gewinnquellen für das Finanzkapital war die Geldentwertung durch die Banknotenüberschwemmung in den Kriegsjahren.⁶² Die dadurch ausgelöste Flucht der Besitzenden in Sachwerte und Effekten, die man als „patriotisches Opfer“ gegen das Zahlungsverprechen des Staates in Kriegsleihen eintauschte, wirkte sich dahingehend aus, dass die Banken die realen Substanzwerte auffingen, „damit ihren Vermögensstand außerordentlich vergrößerten und ihre Kapitalmacht ständig vermehrten“.⁶³ Die von den Banken selbst gezeichneten Kriegsleihen wurden hingegen von ihnen nur zu einem geringen Teil behalten (wohl in Voraussicht ihrer irgendwann eintretenden Wertlosigkeit), „und sogar dies war nur auf dem Wege eines sanften Zwanges zu erreichen“.⁶⁴

Auch der Handel mit ausländischem Geld entpuppte sich trotz der Erschütterung der Valuta als Born erhöhter Profite. Bei der Creditanstalt warf dieser Geschäftszweig 1915 ein Ertragnis von 1,5 Millionen Kronen ab, fast eine halbe Million mehr als im Jahr vorher.⁶⁵ Sogar in offen kriminellen Bereichen drangen die Geschäftspraktiken vor, indem die Banken Kettenhändlern großen Stils Mittel zur Verfügung stellten. Sie begünstigten damit nicht nur illegale Schiebungen und Spekulationen, ausgelöst durch den allgemeinen Warenmangel, sondern verdienten auch reichlich an ihnen.⁶⁶

Dem Wiener Bankkapital bescherte also der Krieg eine ungeheure Macht-

erweiterung. Die politische Schlussfolgerung, die damals die *Arbeiter-Zeitung* zog und die zeitlos gültig bleibt, lautete: „Die Katastrophe, die der Krieg bedeutet und die in ihrer ganzen Weite noch gar nicht ermessen werden kann, hilft eine Entwicklung beschleunigen, welche die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus verbürgt, wenn nur das Proletariat, die Mehrheit des Volkes, zum Bewusstsein seiner Lage und seiner Aufgaben kommt.“⁶⁷

Anmerkungen:

- 1/ W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders.: Werke, Bd. 22, S. 271.
 2/ Helmuth von Moltke: Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877–1916. Stuttgart 1922, S. 243.
 3/ Roman Sandgruber: Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien 1995 (= Österreichische Geschichte), S. 292f.
 4/ Eduard März: Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josephs I. Am Beispiel der k.k. priv. Österreichischen Credit-

- Anstalt für Handel und Gewerbe. Wien, Frankfurt/M., Zürich 1968, S. 372.
 5/ W.I. Lenin: Der Imperialismus, S. 214.
 6/ ders.: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: Werke, Bd. 25, S. 338.
 7/ W.I. Lenin: Der Imperialismus, S. 218.
 8/ Eugen Lopuszanski: Einige Streiflichter auf das österreichische Bankwesen, in: *Volkswirtschaftliche Wochenschrift* von Alexander Dorn (Wien), Nr. 1305, 31.12.1908. Hervorhebungen H.H.
 9/ Karl M. Brousek: Die Großindustrie Böhmens 1848–1918. München 1987 (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 50), S. 124, 126, 132 und 152.
 10/ Eduard März/Karl Socher: Währung und Banken in Cisleithanien, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. I: Die wirtschaftliche Entwicklung. Wien 1973, S. 361.
 11/ „k.k. priv. Österreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe“.
 12/ „k.k. privilegierte Österreichische Boden-Credit-Anstalt“.
 13/ „k.k. priv. Wiener Bank-Verein“.
 14/ „kais. kön. privilegierte Österreichische Länderbank“.
 15/ „Anglo-Österreichische Bank“.
 16/ „Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft“.
 17/ „Union-Bank“.
 18/ Egon Scheffer: Das Bankwesen in Österreich. Entstehung, Entwicklung, Bedeutung für Wirtschaft und Geist. Wien 1924, Faltblatt nach S. 408.
 19/ Jurij Křížek: Beitrag zur Geschichte der Entstehung und des Einflusses des Finanzkapitals in der Habsburger Monarchie in den Jahren 1900–1914, in: Die Frage des Finanzkapitals in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1900–1918. Bukarest 1965, S. 39.
 20/ Compass. Finanzielles Jahrbuch für Österreich-Ungarn 1914, hg. von Rudolf Hanel, 47. Jg., I. Bd., Wien 1913, S. 198ff.
 21/ Herbert Matis: Österreichs Wirtschaft 1848–1913. Berlin 1972, S. 109ff.
 22/ Eduard März: Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913–1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe. Wien 1981, S. 102.
 23/ Hans Mottek/Walter Becker/Alfred Schröter: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriss, Bd. III. Berlin 1975², S. 102.
 24/ Scheffer, S. 288.
 25/ Compass 1914, S. 404ff.; Scheffer, S. 392f.
 26/ Scheffer, S. 392.
 27/ März, S. 99f. und 103.
 28/ Compass 1914, S. 198ff.; Scheffer, S. 391f.
 29/ Scheffer, S. 391.
 30/ Compass 1914, S. 198.
 31/ Peter Berger: Ökonomische Macht und Politik, in: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, hg. von Emmerich Tálos u.a. Wien 1995, S. 400.
 32/ Compass 1914, S. 396ff.; Scheffer, S. 390f.

- 33/ Scheffer, S. 390.
 34/ Compass 1914, S. 396.
 35/ Ebd., S. 425ff.; Scheffer, S. 395.
 36/ Scheffer, S. 395.
 37/ Compass 1914, S. 425.
 38/ Ebd., S. 390ff.; Scheffer, S. 389f.
 39/ Scheffer, S. 389.
 40/ Compass 1914, S. 390.
 41/ Ebd., S. 415ff.; Scheffer, S. 394f.
 42/ Scheffer, S. 394.
 43/ Compass 1914, S. 415.
 44/ Ebd., S. 439ff.; Scheffer, S. 396.
 45/ Scheffer, S. 396.
 46/ Compass 1914, S. 439.
 47/ Krizek, a.a.O., S. 27.
 48/ V. Paskaleva, Über den wirtschaftlichen Einfluss Österreich-Ungarns in Bulgarien 1878 bis 1918, in: Österreich-Ungarn in der Weltpolitik 1900 bis 1918. Berlin 1965, S. 188f.
 49/ Ebd., S. 198ff.
 50/ Ebd., S. 201.
 51/ Ebd.; S. 202.
 52/ Lothar Rathmann: Stoßrichtung Nahost 1914–1918. Zur Expansionspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg. Berlin 1963, S. 21f. Dazu auch: George W. F. Hallgarten: Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik moderner Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg, 2. Aufl., Bd. II, Sachregister unter „Bagdadbahn“.
 53/ Fritz Klein: Die Rivalität zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in der Türkei am Vorabend des ersten Weltkrieges, in: Politik im Kriege 1914 bis 1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im ersten Weltkrieg. Berlin 1964, S. 12.
 54/ Fritz Klein: Probleme des Bündnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges, in: Österreich-Ungarn in der Weltpolitik, S. 159.
 55/ Ebd., S. 161.
 56/ Rudolf Sieghart: Die letzten Jahrzehnte einer Großmacht. Menschen, Völker, Probleme des Habsburger-Reichs. Berlin 1932; Alexander Spitzmüller: „...und hat auch Ursach es zu lieben“. Wien, München, Zürich 1955.
 57/ Reichsgesetzblatt für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder, Jg. 1867, Nr. 145, Artikel 5.
 58/ Compass 1917, S. 261, 494, 481, 467, 518, 474 und 504.
 59/ *Arbeiter-Zeitung*, 11.4.1916, S. 1. Leitartikel „Bankgewinne“.
 60/ Scheffer, S. 315.
 61/ *Arbeiter-Zeitung*, 11.4.1916, S. 1.
 62/ *Arbeiter-Zeitung*, 24.2.1918, S. 3f. Artikel „Machthunger der Großbanken“.
 63/ Scheffer, S. 314.
 64/ Ebd.
 65/ *Arbeiter-Zeitung*, 11.4.1916, S. 1.
 66/ *Arbeiter-Zeitung*, 3.3.1918, S. 8f. Artikel „Mitwirkung der Banken am Kettenhandel“.
 67/ *Arbeiter-Zeitung*, 11.4.1916, S. 2.



**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**

Vierteljahres-
zeitschrift

24. Jahrgang, Nr. 95, Sept. 2013, 224 Seiten

**Wohnungsmarkt und Finanz-
spekulation**

Frieling – Aufwertungs- und Veränderungsprozesse in der Stadt / Unger – Finanzialisierung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft / Bell – Wohnungspolitik in Wachstumsregionen / Holm – Wohnen als soziale Infrastruktur / Ziehl – Leerstandsmelder Hamburg / Ehlers – Fehlgeschlagene Privatisierung Nassauische Heimstätten/ Schmid – Finanzkrise und Wohnraumprivatisierung: München

Aktuelle Gewerkschaftsprobleme

Detje u.a. – „Wir können uns wehren – wir tun es nicht“ / George – Euro-Krise, Niedriglöhne und Geschlecht / Pickshaus u.a. – Arbeitspolitische Erweiterung der Arbeitszeitdebatte

Marx-Engels-Forschung

Pechmann – Wertsubstanz und Wertform

China-Studien: Peters – Anmerkungen zu „Schönes Neues China“ / Geffken – Gewerkschaften in China

Und: Deppe – Frühsozialistische Themen im „Hessischen Landboten“ / Schmidt – 1848 im geschichtspolitischen Widerstreit / Steven – Blockupy

Sowie: Diskussion, Kritik, Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
 e-mail:redaktion@zme-net.de